

Stahlhelm für Hindenburg?

Krach bei den Nazis / Seidte und Wels in Einheitsfront / Groener in Erwartung

Gestern Abend ist Brüning nach Berlin zurückgekehrt. Auch Hitler ist in Berlin eingetroffen. Es fanden zwischen den Rechtsgruppen eine Reihe Besprechungen statt, die sich um die Präsidentschaftswahlen drehten. Der Stahlhelm soll mit dem Kampfbund bereits einen Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs vorbereiten, mit dessen Veröffentlichung man in aller Kürze rechnet. Dann wird die ganze Arbeiterwelt noch deutlicher als bisher, die Einheitsfront erkennen, die von SPD-Noste und Veipart, die den Hindenburg-Aufruf Sachsas unterschrieben, bis zum Stahlhelm geht.

Hitler seinerseits billigt absolut Hindenburgs Notverordnungspolitik und wäre gern bereit, sich für ihn festzusetzen. Aber es ist kein Geheimnis, dass in der NSDAP bereits eine Revolte gegen die Hindenburgwahl ausgebrochen ist und vor allem die SA erklärte, daß sie niemals Hindenburg ihre Stimme gibt.

Um die förmlichen Auseinandersetzungen in der Partei zu vermeiden machen die Hitler, Goebbels u. Co. in der nächsten Geheimnissitzung: Wir können schweigen und werden unseren Kandidaten erst im letzten Augenblick bekanntgeben. Ein lächerliches Verlegenheitsmanöver! Eine erbärmliche Dankelammerpolitik! Eine widerliche Geheimdiplomatie!

Die Nazis führen müssen ihre Anhänger darum wochenlang hinhalten, weil sie abwarten müssen, welche Parolen ihnen die großkapitalistischen Geldgeber erteilen.

Inzwischen ist man auch im Reichwehrministerium nicht untätig. Von dort aus werden die Nazis zu einer Sonderkonferenz gedrängt. Man hofft, daß in diesem Fall Hindenburg sich nicht zur Wahl stellt und dann der Augenblick gekommen ist, wo Groener, der Nazisfreund, als Präsidentschaftskandidat aufsteht.

SPD-Führer rufen zur Wahl Hindenburgs

Die SPD-Arbeiter kommen zur roten Arbeiterfront

In der sozialdemokratischen Brandenburger Zeitung wurde am 8. Februar ein Aufruf für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten veröffentlicht. In dem Aufruf heißt es:

„Dem vom Hindenburg-Auslobung veröffentlichten Aufruf zum Zwecke der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg schließen die Unterzeichneten sich an.“

Unterschrieben ist dieser Brandenburger Aufruf von dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Prosdorf, bisher Oberbürgermeister in Brandenburg, der jetzt als Oberbürgermeister nach Köln überwechselt, von weiteren führenden Sozialdemokraten in Brandenburg, sowie von einer Reihe äußerlich reaktionärer Persönlichkeiten u. a. Schwertfeger, Direktor des Brandenburger Justizhauses, Hüttenbetriebsdirektor Henneds, der Vorsitzende des Fabrikantenvereins Rethelstein, der Maxter Schubert.

In Brandenburg a. d. Havel ist also die Hindenburgfront von SPD bis zu den Nationalsozialisten bereits offen ausgetreten. Die sozialdemokratischen Arbeiter können sich nun keinem Zweifel mehr darüber hingeben, was die SPD-Führer wollen. Die SPD-Führer sind in der Front der Brüning-Severing-Hitler in der kapitalistischen Front gegen die Arbeiterschaft, gegen das wertmäßige Volk.

Wollen die SPD-Arbeiter sich für diese Front mißbrauchen lassen? Wie sind der Überzeugung, daß ein Millionen abheben werden, in einer Front mit Hitler Hindenburg gegen die rote Arbeiterfront zu kämpfen. Die sozialdemokratischen Arbeiter gehören in die rote Einheitsfront, die unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Thälmann gegen das kapitalistische System kämpft.

Bogrom-Helldorf frei!

Klassenjustiz sanktioniert Nazi-Terrorakte

In dem Revisionprozess gegen den Führer der nationalsozialistischen Bogrombanden Graf Helldorf und seine 41 Kumpane wurde durch den reaktionären Landgerichtsdirektor D h n e s j o r g e folgendes Urteil verkündet:

Graf Helldorf und sein Stabschef Ernst wurde von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen und lediglich wegen Falschbildung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Von den 41 Angeklagten wurden 20 Nationalsozialisten freigesprochen.

Die ungeschweherte Freisprechung stellt eine glatte Sanktionierung der nationalsozialistischen Terrorakte dar. Sogar der Staatsanwalt hatte 2 Jahre gegen den Organisator Helldorf beantragt, 6 Monate warf das Gericht in erster Instanz aus, jetzt erfolgte prompt der Freispruch.

Das Urteil reiht sich würdig dem des Dresdner Schwurgerichts beim Alexeer Arbeitermord an. Was die Arbeiter von dieser „republikanischen“ Klassenjustiz zu erwarten haben, zeigen diese Urteile in eindeutiger Weise.

Japanische Truppen meutern

Schwere Zusammenstöße mit Offizieren / Ueber 200 japanische Soldaten verhaftet

Schanghai, 10. Februar. (Eig. Drahtf.)

In der japanischen Armee ist die Erbitterung bis zur Siedehitze gestiegen. Unter den japanischen Truppen, die in Schanghai stationiert sind, kam es zu schweren Zusammenstößen und Widerstandigkeiten gegen die Offiziere. Chinesischen Zeitungsmeldungen zufolge meuterten gestern viele japanische Soldaten, verweigerten den Dienst und lehnten es ab, noch weitere Kriegsoptionen gegen die Chinesen durchzuführen. Im Zusammenhang damit sind über 200 japanische Soldaten verhaftet und nach Japan zurückgebracht worden, wo sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

In chinesischen Kreisen wird weiter verlautbart, daß bereits bei der Abfahrt der japanischen Truppen aus Japan verschiedene Meutereien stattgefunden haben, weil die japanischen Truppen nicht mehr gegen die Chinesen ziehen wollen.

Vor japanischen Großangriff!

Bürgerlicher Kennet enthüllt die Pläne der Imperialisten

Schanghai, 10. Februar.

Japan versucht seinen Plan der „Entmilitarisierung“, das heißt des Raubes der chinesischen Hafenstädte praktisch durchzuführen. Den chinesischen Behörden in Schanghai wurde ein Ultimatum gestellt, die chinesischen Truppen im Umkreis von 15 Kilometern aus Schanghai zurückzuziehen. Da dieses

Arbeiteresperantisten für Volksentscheid

Proletarische Massenorganisationen, folgt diesem Beispiel!

Die Konferenz des Arbeiter-Exerantobundes, Distrikt Sachsen, die in Leipzig stattfand, nahm im Beisein sozialdemokratischer Distriktvertreter und zahlreicher nichtkommunistischer Arbeiter eine Entschließung an, die gegen die arbeiterfeindliche Schiedsregierung, gegen die Verschleppung des Volksentscheids in Sachsen ausspricht.

Zur Präsidentschaftswahl heißt es in der Entschließung:

„Mit der gleichen Schärfe wenden sich die Delegierten gegen die Einheitsfront von Hitler bis Noste, die überhaupt nicht den Interessen der Arbeiterwelt entspricht. Wir werden gegen sie kämpfen. Sie stellen fest, daß die Einheitsfront für Hindenburg nichts gemein hat mit der Einheitsfront der kämpfenden Proletariats. Die Arbeiter-Exerantisten stehen einmütig gegen den Kandidaten der Hitler-Noste-Front für den roten Kandidaten Ernst Thälmann!“

Dresdner Arbeiterfrauen rote Wahlförderinnen für Thälmann

Cottaer Frauen wählen Delegierte zur Frauenkonferenz

In einer von glänzendem Kampfgeist getragenen öffentlichen Frauenversammlung in Dresden-Cotta wurde unter großer Beteiligung einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammelten Cottaer Frauen begrüßen die Kandidatur des Führers der KPD, Ernst Thälmann, zur Reichspräsidentenwahl und geloben, sich im Wahlkampf aktiv als rote Wahlförderinnen für den Arbeiterkandidaten einzusetzen.“

Die Versammlung wählte eine Betriebsarbeiterin und eine Hausfrau als Delegierte zur Dresdner Konferenz. Fünf Abonnentinnen für die „Kämpferin“ wurden gewonnen.

Die Kleinbauern mit Thälmann in der roten Klassenfront

Das erste revolutionäre Bauernkomitee im NS Dresden

In einer gutbesuchten Bauernversammlung in Königsbrunn sprach am Donnerstag, dem 4. Februar der Landwirt Abgeordnete Landwirt Richard Schneider aus Crotzenburg. Er gab einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der Bauernorganisationen in der Sowjetunion und behandelte dann das Thema „Wer treibt den Bauern von der Scholle“. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat legte eine starke Resolution vor, in deren Verlauf sich deutlich zeigte, daß auch die Kleinbauern erkannt haben, daß sie gemeinsam mit den Arbeiterkämpfern unter Führung der KPD kämpfen müssen für ein freies, unabhängiges Deutschland und so wurde dort ein Bauernkomitee bestehend aus vier Bauern, gebildet.

Ueber sechs Millionen Erwerbslose!

Dabon 714 531 in Sachsen. Organisiert den Kampf gegen Unterstützungsraub

Berlin, 11. Februar (Eig. Drahtf.)

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen am 31. Januar 6 041 000, insgesamt floßen in der zweiten Hälfte des Jahres erneut 75 000 auf die Straße. Von diesen sechs Millionen Erwerbslosen erhalten nach dem amtlichen Bericht 1,7 Millionen Wohlfahrtsunterstützung, 1,9 Millionen Arbeitslosenversicherung und 1,6 Millionen Krankenfürsorge, 800 000 Erwerbslose bekommen selbst nach dieser amtlichen Statistik nicht einen Pfennig Unterstützung.

Das Landes-Arbeitsamt Sachsen veröffentlicht einen Bericht über den Stand der Erwerbslosigkeit vom 1. Februar. Danach stieg in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar die Erwerbslosenziffer von 706 797 auf 714 531. Das ist eine Zunahme um 7784 oder 1,1 v. H. Am härtesten betroffen sind nach dieser Mitteilung an der Zunahme die Bezirke Aur., Bauen., Burgstädt., Chemnitz, Crimmitschau, Leipzig, Lugau, Mauen und Thalheim. Der Beschäftigungsrückgang war am härtesten in der Metallindustrie, in der Stoffindustrie und in den Bigogne-Spinnereien und Tuchfabriken, während die Zugänge an Arbeitsuchenden aus den Aghenberufen nachgelassen haben, betragen sie in der Metallindustrie noch über 1500 und im Spinnstoffgewerbe noch über 3000.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in dem genannten Zeitraum gestiegen von 173 055 auf 186 825. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung ist gestie-

gen von 171 536 auf 175 052. Es bleiben demnach noch 380 000 ohne Unterstützung oder werden auf die ganze Unterstützung der kommunalen Wohlfahrt angewiesen.

Wir haben gestern aufgezählt, welche gewaltigen Verschleppungen den Erwerbslosen drohen. 800 Millionen sollen sich eingepart und die Erwerbslosenfürsorge, neben den Kosten der anderen sozialen Leistungen überhaupt beseitigt werden. Es bedeutet, daß die Millionen von Erwerbslosen mit Hunger und Kindern dem Hungertod ausgeliefert werden sollen.

Auf die Erwerbslosen, genau so wie für die Betriebsarbeiter gibt es aus dieser kapitalistischen Sozialstruktur keinen Ausweg. Das ist der, den die kommunistische Partei in ihrem Arbeitsbeschäftigungsprogramm der sozialen und politischen Befreiung aufzeigt hat. Nur der roten Einheitsfront aller Erwerbslosen und Betriebsarbeiter unter Führung der KPD wird es möglich sein, diesen Ausweg und damit Arbeit, Brot und Freiheit für alle Werktätigen zu erkämpfen.

13 Abonnenten in zwei Stunden

Die Jugend geht ran / Wir machen Nach!

Im Herbstviertel ward am Mittwoch ein Jugendabend 13 Abonnenten für das illustrierte Rotbuch innerhalb von zwei Stunden.

Wacht's nach, Jungkommunisten! Wir haben viel erhalten. Meldet noch heute die Rotulats im Büro, Krenzelschtrage 48.

Rechtsausschuß lehnt Volksbegehren ab

In der Mittwochung des Rechtsausschusses stand wiederum das Volksbegehren zur Auflösung des Landtages zur Beratung. Die Schiedsleute führten ihren kämpferischen Kampf weiter, um sich an ihre Mandate zu klammern. Der Demokrat Breitschneider als Mitberichterstatter verfasste zunächst wiederum dasselbe Mandat wie in der vorherigen Beratung, Bemängelung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, obgleich die Schiedsregierung selbst in dem geforderten Sachverhalten zugehen mußte, daß die Stimmen der zum Volksbegehren notwendigen 10 Prozent weit überschritten seien, auch selbst dann, wenn, wie es der Demokrat Breitschneider verlangt, die Neuwähler ausgeschlossen würden.

Der „Demokrat“ Breitschneider gab dann endlich seine verzweifelten Bemühungen auf und erklärte, daß er auch aus „humanen Gründen“ gegen Neuwahlen sei.

Er beantragte deshalb, dem Volksbegehren die Ratifizierung zu verweigern. In trauriger Einheitsfront stimmten die Sozialdemokraten und das Bürgertum gemeinsam dem Antrag zu. Aufgabe der wertmäßigen Bevölkerung Sachsens muß es sein, dieser Front der Feinde aller Ausgebeuteten zu unterdrücken, die außerparlamentarische rote Einheitsfront entgegenzusetzen. Am Donnerstag, dem 18. Februar, wird im Plenum des Landtages die Vorlage über das Volksbegehren beraten und auch dort wird sich dasselbe Bild wie im Ausschusse zeigen.

Deshalb gilt es alle Kräfte einzusetzen, um den kommunistischen roten Volksentscheid siegreich durchzuführen!

Mimoia und Lande wählen Betriebsdelegierte für Frauenkonferenz

In der Betriebsversammlung der Mimoia wurde zu der Konferenz werktätiger Frauen gegen Krieg und Faschismus am Sonntag, dem 14. Februar, in Dresden eine Arbeiterin delegiert.

Die anderen Betriebe müssen diesem Beispiel folgen. Die Zigarettenarbeiterinnen der Firma Lande reisten in die nördliche Front gegen Lohnraub und Sozialreaktion.

Sie haben in der öffentlichen Betriebsversammlung eine Betriebsarbeiterin als Delegierte gewählt und eine Arbeiterin als Golddelegierte entsandt.

Freitag, den 12. Februar, 19.30 Uhr, im Restaurant „Kugel“, Striehn, öffentliche Hausfrauenversammlung.

Neue Verbote für KPD-Presse

So f. 11. Februar. Die heilige Zeitung der KPD, die Arbeiterstimme, ist durch die Polizeidirektion auf acht Seiten verboten worden. Als Begründung wurde Mißachtung zum Ungehörigen gegen gesetzliche Bestimmungen angegeben.

Nach Antrag des württembergischen Innenministeriums wurde das Organ der KPD, die Nachrichten auf 14 Tage verboten. Als Begründung wird angegeben, daß die Zeitung als Kampfbogen für die verbotene Süddeutsche Arbeiterzeitung angesehen wurde. Dieses Verbot ist ein glatter Willkürakt. Die Nachrichten sind ein Reichsorgan und niemand kann einem Arbeiterorgan die Freiheit seiner verbotenen Zeitung eine andere in diesem Sinne verweigern. Wir erheben scharfen Protest und fordern sofortige Aufhebung des Verbots.